bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 13 | 24. Juni 2005


## Rechte Szene 2

**Revolutionäre Bescheidenheit**
Der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ will sich einer kompletten Wandlung unterziehen.

**"Fest der Völkchen"**
Ein breites Aufgebot an Gegendemonstranten bot in Jena den etwa 500 Neonazis Paroli.

**Zwischen Gittern**
Neonazi-Auftritt in Halbe währte nur kurz.

## Ausland 4

**Konferenz des Hasses**
Oppositionsfront gegen das "Weltjudentum".

## Verfassungschutz 5

**Neonazi-Hochburgen**
Zahl rechter Gewalttaten ist in Niedersachsen stark angestiegen – Kameradschaften sind zunehmend auf politische Außenwirkung bedacht.

## Blick in die Zeitgeschichte 6

**Erinnerung in Bronze**
Die Edelweißpiraten werden als Widerstandskämpfer gewürdigt. Für ihre Anerkennung hat sich besonders der Kölner Regierungspräsident Jürgen Roters eingesetzt.

## Demokratische Initiativen 7

**"Perspektivlose Flucht"**
Mitgliedschaft in der Gewerkschaft immunisiert nicht gegen rechtsextreme Orientierungen – überproportional betroffen sind gerade Vertreter der Mittelschicht.

## Meldungen 7

## Rechte Szene

# Revolutionäre Bescheidenheit

*Der „Kampfbund Deutscher Sozialisten" will sich einer kompletten Wandlung unterziehen.*

Zu einer politisch relevanten Kraft ist der „Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) in den sechs Jahren seines Bestehens nicht geworden. Statt dessen fiel er durch Titelsucht und Uniformfetischismus auf. Damit soll jetzt Schluss sein.

So kannte man den KDS: Männer in Uniformhemden und mit Schulterriemen stellen sich, wichtig dreinblickend, zum Gruppenbild. Umgekehrt proportional zur Bedeutung der gerade einmal 50 Mitglieder zählenden neonazistischen Kleinorganisation waren die Titel, die man sich untereinander verlieh: Thomas Brehl, Kopf der „Organisationsleitung", ließ sich „Stabschef" rufen, sein Domizil im hessischen Langen wurde schon mal zum „Hauptgefechtsstand". Regionale Unterführer mussten zwar schmerzhaft das Fehlen einer ernsthaften Basis vermissen, durften sich dafür aber immerhin „Gausekretär" nennen. Besonders verdienten Kameraden wurden „Abwehrmedaillen" überreicht oder „Michael-Kühnen-Ehrenzeichen" in Silber oder Gold ans Revers geheftet. Und da Erfolge im eigenen Land nicht zu holen waren, machte man sich beispielsweise mit dem Irak Husseins, dem Nordkorea Kim Jong Ils oder Organisationen wie der Nationalistisch-Großrussischen Partei gemein.

Nicht nur auf Außenstehende wirkte das Gehabe der Miniorganisation, die es sich in ihrer „Langener Erklärung" aus dem Jahre 1999 zur Aufgabe gemacht hatte, „die Bündelung revolutionärer, sozialistischer Energien und Gedanken herbeizuführen" und den „Globalisierungsbemühungen der weltweiten Verschwörung von Politik und Kapital das Modell eines auf die nationalen Erfordernisse zugeschnittenen deutschen Sozialismus" entgegenzusetzen, reichlich absurd. Auch szeneintern wurde über inflationäre Ordensverleihungen und die Vorliebe für Uniformierungen gelästert.

Zumindest was das Erscheinungsbild anbelangt will der KDS nun seinen Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen. Und da man nach wie vor keinerlei Affinität zu Bescheidenheit und vornehmer Zurückhaltung hat, muss es gleich ein „Revolutionäres Manifest" sein, das die Wandlung erklärt. Erinnert wird darin an die Intention der KDS-Gründer, „fernab von Dogmen und verhärteten Sichtweisen" neue Ideen zu entwickeln. Sechs Jahre später übt sich der KDS in Selbstkritik: „Abweichend vom ursprünglichen Anspruch entwickelte sich ein starres und in Anachronismen verhaftetes Erscheinungsbild." Häufig sei der KDS auf Grund seines Auftretens „als Relikt alter Tage wahrgenommen" worden. Dies habe potenzielle Mitstreiter abgeschreckt. „Straff geführte Organisationsformen", so der KDS nun, seien „nicht mehr zeitgemäß". Der Kampfbund wolle sich „einer kompletten Wandlung unterziehen". Dazu gehört auch der Verzicht auf die Gründung lokaler Strukturen, im KDS-Jargon „Stützpunkt" genannt. Andreas Kühn, Mitglied der Organisationsleitung, geht noch weiter: „Bezeichnungen, Titel und Uniformen gibt es beim KDS nicht mehr." Auf der Homepage macht sich der Wandel schon bemerkbar. Wo bislang der „Gausekretär" Axel Reitz beispielsweise als Ansprechpartner für den „Gau Rheinland" benannt wurde, gibt's jetzt nur noch die „Kontaktperson" Axel Reitz. Nur noch „Kontaktperson" ist inzwischen auch Thomas Brehl. Weitere handelnde Personen des KDS sind Kühn, der die Bundesgeschäftsstelle in Wolgast beherbergt, sowie Michael Koth aus Berlin.

Bleibt die Frage, ob angesichts der herben Selbstkritik einerseits und andererseits der im „Revolutionären Manifest" notierten Einschätzung, der KDS sei „längst Teil bestehender Strukturen geworden und seine Mitglieder wirken als selbständige Kontingente in regionalen und überregionalen Zusammenhängen mit", überhaupt eine solche Organisation gebraucht wird. Brehl beharrt auf dem Fortbestehen des KDS: „Obwohl sich die Strategie der Freien Kameradschaften unbestritten bewährt hat, sollte der Nationale Widerstand – oder wenigstens Teile davon – nicht darauf verzichten, sich Instrumente in Form von Kampfverbänden mit überregionalem Anspruch und bundesweiter Ausdehnung zu schaffen." Zwar gibt's beim KDS möglicherweise künftig keine Michael-Kühnen-Ehrenzeichen mehr, dessen Ratschläge mag Brehl aber auch posthum nicht missen: „Nationale Sozialisten gehören in eine nationale und sozialistische Organisation!"

*Tomas Sager*

## "Fest der Völkchen"

*Ein breites Aufgebot an Gegendemonstranten bot in Jena den etwa 500 Neonazis Paroli.*

Seit Monaten hatte die rechtsextreme Szene zum „Fest der Völker“ nach Jena mobilisiert. Angeblich wurden Tausende von Teilnehmern aus ganz Europa erwartet. Die Veranstaltung auf dem Gelände des Hornbach-Baumarktes am Rande von Jena entpuppte sich allerdings als neueste Peinlichkeit.
Den vom Oberverwaltungsgericht Weimar zugewiesenen Griesplatz direkt an der Saale in Ost-Jena konnten die Neonazis am 11. Juni nicht beziehen, da Hunderte von Gegendemonstranten die Zugänge, „Nord – und Südpol“ genannt, ab 5.00 Uhr morgens besetzt hielten. Junge Leute harrten gemeinsam mit Gewerkschaftern, Stadträten und engagierten Anhängern der JG Stadtmitte um Pfarrer Lothar König aus, um Toilettenwagen und Brauereifahrzeuge nicht passieren zu lassen. Etwa gegen 10.00 Uhr zog die Polizei ihre Einsatzfahrzeuge ab und geleitete die Neonazis im Konvoi aus der Stadt, in Richtung Lobeda. Über 1700 Polizisten aus insgesamt sechs Bundesländern sollen im Einsatz gewesen sein, Beamte des hessischen Bundesgrenzschutzes nahmen später 42 friedliche Demonstranten, darunter den stellvertretenden Superintendenten aus Jena und einen IG-Metall-Vertreter, stundenlang in Gewahrsam.

Anstatt die Neonazi-Veranstaltung abzublasen, hatten Vertreter des Ordnungsamtes der Stadt den Neonazis um NPD-Kreischef Ralf Wohlleben und Kameradschaftsanführer Patrick Wieschke das abgelegene Baumarkt-Gelände offeriert. André Kapke, Bewohner des Neonazi-Hauses „Zum Löwen“ in Lobeda beschimpfte die zuständigen Beamten lautstark, trotz des zweifelhaften Kompromisses. Die Stimmung unter den Rechtsextremisten war gereizt. Schnell bauten sie Bühne und Biertische auf, bevor unzufriedene Gäste abreisten. Christian Hehl aus Ludwigsburg, Vertreter der braunen Knasthilfe HNG, der „Unabhängigen Nachrichten“, ein deutsch-ungarischer Freundeskreis, der Mädelring Thüringen und das Aktionsbüro Nord packten Kisten für Info- und Verkaufsstände aus. Neben Hehl tauchten noch weitere potenzielle Aktivisten aus dem Umfeld des 2000 verbotenen Blood&Honour-Netzwerkes auf. Jens Fröhlich aus Gera, Sänger der Band „Eugenik“, war für den technischen Ablauf der Rechtsrock-Feier zuständig. NPD-Vorständler Frank Schwerdt hielt eine langatmige Rede über das „Europa der Vaterländer“ zur Begrüßung.

Überraschend war, dass kaum überregionale Neonazi-Anführer anwesend waren. Obwohl sein WB-Versand zu den Unterstützern gehörte, hatte nicht einmal Thorsten Heise sich die Mühe gemacht, dem „Fest der Völkchen“ beizuwohnen. Etwa 500 Neonazis passierten Polizei- und Eingangskontrollen. Die Organisation lag bei thüringischen Neonazis wie Sebastian Reiche, Sandra Ziegler, Michael Burkert und Patrick Wieschke. Die Gruppen ausländischer Teilnehmer waren klein, keine umfasste mehr als eine Handvoll Anhänger. Delegationen aus der Slowakei und den Niederlanden hatten bereits die Nacht im Neonazi-Haus in Lobeda verbracht. Zunächst spielte die Band „Indiziert“ aus der Schweiz, dann die niederländische Gruppe „Brigade M“. In knallgrüner Uniform und perfektem Deutsch begrüßte der Mannheimer Student Claudiu Mihutiu aus Rumänien seine Kameraden. Constant Kusters aus den Niederlanden sprach so leise, dass kaum einer seinen Worten lauschte. Der britische Redner Stephen „Swiny“ Swinfen wurde von Wohlleben zwar freundschaftlich begrüßt, doch kaum einer der jungen Kameraden schien den bärtigen Neonazi zu verstehen. In martialischer Manier trat Wieschke auf die Bühne und wetterte gegen den Beitritt der Türkei in die EU. Überhaupt waren sich viele der Redner uneinig, wer denn nun zum „Europa der Vaterländer“ dazuzuzählen sei und wer nicht. Anschließend gab es weitere Grußworte, neben der schwedischen Neonazi-Band „Nothung“ spielten „Before the War“ und die französische Gruppe „Defiance“.

Über 8000 Gegendemonstranten zeigten den wenigen Neonazis in Jena Paroli. Einige Tausend gingen kilometerweit, um vor dem „braunen Haus“ von Wohlleben und Kapke in Lobeda zu protestieren. Als die Motoren zweier Wasserwerfer angelassen wurden und das Gerücht vom „Völkerball“ der Antifas bei den Neonazis die Runde machte, witterten gewaltbereite Anhänger um Michael Burkert ihre Chance, doch noch etwas zu erleben, denn das „Fest der Völker“ erfüllte auch deren Erwartungen anscheinend nicht.

*Andrea Röpke*

## Zwischen Gittern

*Neonazi-Auftritt in Halbe währte nur kurz.*

Knapp unter 100 Neonazis wollten am 18. Juni unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten und den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft“ am Soldatenfriedhof der brandenburgischen Kleinstadt Halbe, cirka 50 Kilometer von Berlin, aufmarschieren. Doch daraus wurde lediglich eine kurze Kundgebung am Bahnhofsvorplatz.

Aufgerufen zu dem Aufmarsch hatte ein Freundeskreis Halbe. Anmelder war der bekannte Neonazi und Demotourist Christian Worch aus Hamburg. Der nutzte seine Rede zu einem Lamento über die Brandenburger Behörden. Detailliert breitete er sich vor den sichtlich gelangweilten Demonstranten über langwierige rechtliche Auseinandersetzungen aus. In der Zwischenzeit hatte sich die Zahl der Teilnehmer erheblich dezimiert. Der größte Teil der Rechtsextremen gesellte sich zu den Zuschauern. Die Polizei gab nämlich die Weisung aus, dass alle Demonstranten vom Bahnhofsvorplatz in ein mit Gittern eingezäuntes Areal ausweichen sollten. Auch Axel Reitz vom Kampfbund Deutscher Sozialisten konnte mit seiner Rede die Stimmung nicht mehr auflockern. Er versuchte eine Linie zwischen den toten Soldaten des 2. Weltkriegs und den Opfern des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR herzustellen und für die braune Propaganda zu vereinnahmen.

Das Oberverwaltungsgericht Frankfurt/Oder stützte seine Entscheidung, den rechten Aufmarsch nicht zum Soldatenfriedhof zu lassen, auf das im Mai 2005 verabschiedete Brandenburger Gedenkstättengesetz. Die Rechtsextremen haben schon mit der Mobilisierung zu ihrem traditionellen Marsch am Volkstrauertag im November begonnen. Ob auch dieser Aufzug mit Hilfe des Gedenkstättengesetzes vom Friedhofsgelände ferngehalten werden kann, ist unter Juristen noch strittig. Zeitgleich nahmen am 18. Juni rund 800 Menschen an einer Gegendemonstration unter dem Motto „Flagge zeigen“ teil. Zu den Rednern gehörte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Brandenburgs Ministerpräsident Mattias Platzeck.

*Peter Nowak*

## Ausland

## Konferenz des Hasses

*Oppositionsfront gegen das "Weltjudentum".*

Mehr als 300 Rechtsextremisten versammelten sich Ende Mai im US-amerikanischen New Orleans zur „European American Conference 2005“ in einem Hotel am Stadtrand. Zweck der internationalen Konferenz war die Bündelung der Kräfte in einer gemeinsamen Oppositionsfront gegen das „Weltjudentum“. Organisator der dreitägigen Veranstaltung war David Duke, Gründer und Präsident der „White Supremacy“-Organisation European-American Unity and Rights Organization (EURO), die er als Vorreiter einer „weißen Bürgerrechtsbewegung“ charakterisiert.

In den Diskussionsrunden, die über Kamera live im Internet ausgestrahlt wurden, gaben sich die „Galionsfiguren“ des internationalen Rechtsextremismus die Klinke in die Hand. Dazu gehörten unter anderem der Vorsitzende der British National Party Nick Griffin, Jean-Michel Girard von der französischen Front National, Vavra Suk, Geschäftsführer der schwedischen Nationaldemokraten, der Revisionist Paul Fromm aus Kanada oder der spanische Neonazi Pedro Varela. Die deutsche NPD vertraten Karl Richter und Marcus Haverkamp. Komplettiert wurde das Feld von Kevin Strom (National Vanguard), Don Black (Stormfront) und dem Verleger Willis Carto. Duke ließ bereits in der Eröffnungsrede seinem radikalen Antisemitismus freien Lauf. Der ehemalige Ku Klux Klan-Führer bezeichnete Juden als „machtgierige Blutsauger“ und „Parasiten“ und beklagte den fortschreitenden Völkermord an den weißen Völkern der Erde, die zurzeit die größte Krise ihrer Geschichte erleben würden.

Im vergangenen Jahr hatte Duke eine ähnliche Konferenz an gleicher Stelle durchgeführt, aus der das so genannte „New Orleans Protokoll“, eine Art rechtes Manifest, hervorgegangen war. Nationalisten verschiedener Länder sollten einander demnach mit Respekt begegnen, sich in sachlicher Argumentation üben und sich von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele distanzieren.

*Michael Funk*

**Verfassungschutz**

# Neonazi-Hochburgen

*Zahl rechter Gewalttaten ist in Niedersachsen stark angestiegen – Kameradschaften sind zunehmend auf politische Außenwirkung bedacht.*

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) bezeichnete bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2004 die Beobachtung des Rechtsextremismus als einen „Arbeitsschwerpunkt" und hob in diesem Zusammenhang die Aktivitäten rund um den von dem Hamburger Neonazi Jürgen Rieger erworbenen „Heisenhof" in Dörverden hervor. „Nach den Erfahrungen mit Riegers neonazistischem Zentrum 'Heideheim' in Hetendorf, das 1998 vom Innenministerium verboten wurde, wollen wir verhindern, dass es auf dem 'Heisenhof' zu dem schleichenden Aufbau eines Schulungszentrums kommt", sagte Uwe Schünemann.

Sorgen bereiten dem niedersächsischen Landesverfassungsschutz auch die Aktivitäten von 20 neonazistischen Kameradschaften, die „genau beobachtet" würden, so der Innenminister. Dem neonazistischen Spektrum werden in Niedersachsen 365 Personen zugerechnet, 15 mehr als im Vorjahr – bundesweit stieg die Anzahl der Neonazis von 3 000 auf 3 800 an. Der Kameradschaftsgedanke habe sich derweil in dem Bundesland „weitgehend verselbständigt", heißt es in dem Bericht. Nicht mehr der Wille zum konkreten politischen Handeln treibe viele dieser Gruppen oftmals, sondern ein „diffuses rechtsextremistisches Bekenntnis". Von anderem Kaliber sind dagegen die schwerpunktmäßig in Northeim, Göttingen, Barsinghausen und im Weserbergland agierenden Kameradschaften. Sie verfügen in der Mehrzahl über eine Internet-Plattform, führen Schulungen durch und sind auf „politisch-ideologische Außenwirkung" bedacht.

Nach rückläufigen Fallzahlen in den Jahren 2002 und 2003 stieg das Straftatenaufkommen mit 1306 Delikten im Jahr 2004 (2003: 1.252) leicht an. Auch die Gewalttaten haben zugenommen: Registriert wurden 101 Fälle (2003: 85), meist handelte es sich Körperverletzungen. Glück im Unglück hatten die Bewohner einer Asylunterkunft in Syke (Landkreis Diepholz), auf die ein Anschlag mit einem Brandbeschleuniger verübt worden war – niemand wurde verletzt.

Die Opposition im niedersächsischen Landtag bezeichnete den „dramatischen Anstieg" bei rechtsextremen Gewalttaten als Besorgnis erregend. „Die Zahl der rechtsextrem motivierten Gewalttaten ist im vergangenen Jahr in Niedersachsen um über ein Fünftel gestiegen, während sie bundesweit fast konstant blieb", kommentierte Heiner Bartling, innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, den Verfassungsschutzbericht. Die Landesregierung müsse diese alarmierenden Zahlen sorgfältig analysieren und entsprechend handeln, sagte Bartling, der es für einen „schweren Fehler" hält, dass die CDU-Regierung die Mittel für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gekürzt und die Landeszentrale für politische Bildung aufgelöst hat.

Insgesamt umfasst das rechtsextremistische Mitglieder-Potenzial in Niedersachsen 3 130 Personen (2003: 3 190). Darunter sind 980 (2003: 1 000) subkulturell geprägte und gewaltbereite Rechtsextremisten, 365 (2003: 350) Neonazis und 230 Anhänger sonstiger Organisationen (2003: 190). Die Zahl der Partei-Mitgliedschaften hat gegenüber 2003 um 40 Personen auf 1 710 abgenommen. Einbußen musste die DVU hinnehmen, die nur noch über 800 Mitglieder verfügt (2003: 900). Die Ursache des Schwunds sieht der Verfassungsschutz im „desolaten Zustand" des Landesverbands, der seit 1998 einen Abwärtstrend ausweist. Vor knapp einem Jahrzehnt zählte der Landesverband noch 1 800 Personen. Die Republikaner legten dagegen im Beobachtungszeitraum zu, freuen sich über 50 Novizen und zählen nun 450 Personen. Auch die NPD befindet sich in leichtem Aufwind. 460 Personen gehören ihr an, zehn mehr als im Vorjahr. Ihr Landesvorsitzender Ulrich Eigenfeld machte einen Karrieresprung und wurde zum stellvertretenden Bundeschef gewählt. Eine weitere interessante Personalie: Der 1979 wegen eines bewaffneten Überfalls auf niederländische NATO-Soldaten und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe verurteilte Niedersachse Manfred Börm ist im aktuellen NPD-Bundesvorstand als „Ordnungsdienstleiter" vertreten.

*Volker Stahl*

## Blick in die Zeitgeschichte

# Erinnerung in Bronze

*Die Edelweißpiraten werden als Widerstandskämpfer gewürdigt. Für ihre Anerkennung hat sich besonders der Kölner Regierungspräsident Jürgen Roters eingesetzt.*

Der Streit um sie entzweite Jahre lang Gegner und Befürworter. Die einen argumentierten, sie hätten geplündert, geraubt und getötet. Andere sagten, ohne solche Übergriffe hätten sie nicht überleben können. Am Ende wurden sechs junge Menschen dem Henker übergeben, der sie am 10. November 1944 öffentlich am Galgen zu Tode strangulierte. Die Eltern mussten zuschauen. Weil es nicht nur um historische Aufklärung, sondern auch um Wiedergutmachungsansprüche von Hinterblieben ging, wollte der langjährige verdienstvolle Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Schnoor (SPD), es genau wissen. Er beauftragte den angesehenen Düsseldorfer Zeitgeschichtler Professor Peter Hüttenberger mit einem Gutachten. das im Januar 1988 der Öffentlichkeit vorgestellt worden war. Verfasst hatte die Expertise Bernd Rusinck. Sein Ergebnis: Die Edelweißpiraten waren wegen zahlreicher krimineller Delikte keine einwandfreien Widerstandskämpfer, aber dennoch Opfer der Justiz wegen der öffentlichen Hinrichtung.
Herbert Schnoor fiel es schwer, sich dieser Einordnung anzuschließen. Er betonte damals vor der Presse, mit dem Ergebnis von Rusinck dürfe den Ermordeten keinesfalls aktiver Widerstand abgesprochen werden. Seit wenigen Tagen erinnert nun im Gebäude der Kölner Bezirksregierung eine Bronzetafel an diese Opfer der NS-„Justiz“: die Kölner Edelweißpiraten. Veranlasst hat das der Kölner Regierungspräsident Jürgen Roters, der während des Streits um das Für und Wider der Edelweißpiraten der persönliche Referent von Schnoor war. Ihn hat das Thema immer wieder umgetrieben, bis er jetzt entschied, es habe sich bei den Kölner Jugendlichen durchaus um eine Widerstandsgruppe gehandelt. Heute fasse man zu Recht den Begriff Widerstand weiter als in den 70er und 80er Jahren.

„Edelweißpiraten“ nannten sich die jungen Leute, weil das Edelweiß ihr Zeichen war. Ihre Gegnerschaft zum Regime zeigten die Jungen gern durch lange Haare, die Mädchen durch bunte Blusen statt der Einheitsuniformen der „Jungmädel“. Alle kamen aus dem Arbeitermilieu. Sie hatten kein politisches Programm, aber sie versteckten Juden, Deserteure und Zwangsarbeiter, sie töteten einen ranghohen Gestapoführer, streuten antinazistische Flugblätter und kippten Zucker in Autos von NS-Funktionären. Es war eine Mischung aus Widerstand, Abenteuer und Unangepasstheit – damals durchaus eine Ausnahme im gleichgeschalteten Reich. Dass sie Lebensmittel, Zigaretten und anderes stahlen, steht außer Frage. Doch sie mussten das tun, um die Versteckten und sich selbst zu ernähren. Hier liegt der wesentliche Unterschied zwischen der Wertung von damals und heute. Roters hat den gordischen Knoten durchschlagen und für Klarheit gesorgt.

Bei der Ehrung der heute 81 Jahre alten Edelweißpiratin Gertrud Koch sagte Roters, es habe sich um mutige junge Leute gehandelt – „ein Vorbild im Kampf gegen Unrecht und Unterdrückung“. Auf der Bronzetafel wird man an die ermordeten Jugendlichen Gustav Bermel, Franz Rheinsberger, Bartholomäus Schink und Günter Schwarz erinnert, die mit weiteren Edelweißpiraten am 10. November 1944 im Kölner Stadtteil Ehrenfeld ermordet worden sind. Nach ihrer Verhaftung im Jahre 1943 waren sie gequält, gefoltert und lange in ein Betonloch gepfercht worden. Zwei der Gehängten waren erst 16 Jahre jung. Selbst das bewahrte sie nicht vor dem Strang. Als ihnen mit dem Gutachten von Rusinck der politische Widerstand abgesprochen wurde, hatte ein Edelweißpirat längst einen festen Platz in der „Allee der Gerechten“ im israelischen Gedenk- und Forschungszentrum „Yad Vashem“ in Jerusalem. Es ist Jean Jülich.

Mit der Entscheidung des Kölner Regierungspräsidenten Roters dürfte der Streit um die Kölner Edelweißpiraten beendet sein. Heute geht es nicht mehr um eine mögliche finanzielle Wiedergutmachung, die es ohnehin nicht geben kann. Für die wenigen noch lebenden Kämpfer gegen die braune Diktatur ist es viel wichtiger, moralische Anerkennung für ihren mutigen Kampf zu finden Hier hat Jürgen Roters nun ein bleibendes Zeichen gesetzt.

*Heiner Lichtenstein*

## Demokratische Initiativen

# "Perspektivlose Flucht"

*Mitgliedschaft in der Gewerkschaft immunisiert nicht gegen rechtsextreme Orientierungen – überproportional betroffen sind gerade Vertreter der Mittelschicht.*

Rechtsextreme Einstellungen sind unter Gewerkschaftsmitgliedern in der Bundesrepublik genauso weit verbreitet wie unter Nicht-Mitgliedern: 19 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten und 20 Prozent der Unorganisierten sind rechtsextrem eingestellt. Dabei zeigt sich ein deutlicher West-Ost-Unterschied. Rechtsextreme Orientierungen finden sich im Osten anderthalb Mal so häufig wie im Westen (27 zu 18 Prozent). Während in Westdeutschland allerdings kaum ein Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern besteht (18,4 zu 17,8 Prozent), sind Gewerkschaftsmitglieder in Ostdeutschland doch wesentlich resistenter gegen Rechtsextremismus als Nicht-Mitglieder (22,5 zu 28,1 Prozent).

Der herausragende Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten bildet die Mittelschicht. Bei den Angehörigen der Mittelschicht handelt es sich zumeist um Facharbeiter und qualifizierte Angestellte, die über ein relativ gutes Einkommen und über eine vergleichsweise gute Bildung verfügen und daher eigentlich nicht zu den klassischen Verlierern der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse zählen. Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht, die die Hälfte aller Mitglieder ausmachen und der 43 Prozent der Funktionäre angehören, sind anderthalb Mal so häufig rechtsextrem eingestellt (19 Prozent) wie Nicht-Mitglieder (13 Prozent) aus dieser Schicht.

Belegt wird dieser überraschende Befund, der nicht der herrschenden Meinung in der Literatur entspricht, in einer aktuellen Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus", die Politikwissenschaftler der Freien Universität (FU) Berlin um Bodo Zeuner, Michael Fichter und Richard Stöss im Auftrag der Gewerkschaften durchführten. Die 600 Seiten umfassende Studie, die jetzt vorliegt, ist eine der umfangreichsten Untersuchungen, die jemals zu rechtsextremen Einstellungen durchgeführt wurde.

Die Tatsache, dass gerade unter den Gewerkschaftern aus der Mittelschicht rechtsextreme Einstellungen überproportional vorhanden sind, erklären die Forscher mit ihrer veränderten Rolle in den industriellen Beziehungen. „Unsere Deutung", so Zeuner, „ist, dass sich diese Stammmitglieder als doppelte Verlierer sehen: Arbeitslosigkeit, stagnierende Lohnentwicklung und das Ausbleiben gewerkschaftlicher Erfolge auf der einen Seite paart sich mit dem Anerkennungsverlust in Betrieb und Gesellschaft und der immer weniger praktizierten Kollegensolidarität." Diese Verluste und Niederlagen, so die Studie, äußern sich bei Teilen der organisierten Mittelschicht darin, dass sie ihre Schutzbedürfnisse nur durch eine nationalistische und ethnozentrische Politik gewährleistet sehen.

Um rechtsextremen Orientierungen und Einstellungen der gewerkschaftlich Organisierten entgegenzusteuern, raten die Forscher, „die rechtsextreme Reaktion als hilflose und perspektivlose Flucht vor der Freiheit, der Verantwortung und der Selbsttätigkeit zu entlarven und als Alternative das kollektive, solidarische und demokratische Engagement zu stärken."

Der Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Gewerkschaften und Rechtsextremismus" kann von der Internetseite des Otto-Suhr-Instituts für Politikwisssenschaft an der FU Berlin heruntergeladen werden.

*Anton Maegerle*

*http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex_anfang.htm*

## Meldungen

### Die Mühlen der Justiz

Bochum – Als zweiter Redner einer Neonazi-Demonstration gegen den Neubau einer Synagoge am 26. Juni letzten Jahres in Bochum muss sich der Rechtsextremist Axel Reitz Anfang September vor dem Landgericht der Ruhrgebietsstadt verantworten. Der 22-jährige Kölner, der zur „Organisationsleitung" des „Kampfbundes Deut-

scher Sozialisten“ (KDS) gerechnet wird, hatte Juden als „Langnasen“ und „kleine verschwindende Minderheit“, die „mehr zählt als das deutsche Volk“, tituliert. Ihnen hatte er geraten, 2zu verschwinden aus diesem Land“. Ganz im Nazi-Jargon forderte Reitz, die „rassische Geschlossenheit“ zu bewahren. Vorgesehen sind vier Verhandlungstage, wie der Neonazi selbst mitteilte. Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer war wegen seines Redebeitrags bei der Bochumer Demonstration bereits Anfang des Jahres zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt worden. (ts)

## Rechtsextreme Domain im Angebot

USA (Hayden) – Die US-amerikanische Neonazi-Organisation Aryan Nations (AN) will ihre eigene Website versteigen. Der Mangel an personellen Alternativen zwingt die Aryan Nations zu ungewöhnlichen Maßnahmen. Nach dem Ausstieg des Administrators der „Richard Butler-Memorial-Website! gab die Gruppierung bekannt, die Domain meistbietend versteigern zu wollen. Dies geht aus einem Eintrag in einem bekannten rechtsextremen Internetforum hervor. Betrieben wurde die Seite bislang von dem Jeremy Parker, einem AN-Mitglied aus Ohio, der die Domain kurz nach dem Tod des Gründers und langjährigen Anführers der antisemitischen Gruppe, Richard Butler, im September 2004 auf seinen Namen registrieren ließ. Offenbar in der Hoffnung, einen Käufer aus den eigenen Reihen für die mittlerweile abgeschaltete Seite zu finden, nimmt das AN-Hauptquartier in Idaho bis zum 30. Juni Gebote von Interessenten per E-Mail entgegen. (mf)

## „Wodan“-Betreiber im Schützenhaus

Pößneck – Die Betreiber der Diskothek „Wodan“ im sächsischen Mücka haben einen neuen Veranstaltungsort aufgetan: das Schützenhaus in Pößneck. Seit Mai hat Erik Myrtha die thüringische Großimmobilie des Hamburger Neonazis Jürgen Rieger gepachtet. Bis April dieses Jahres veranstaltete das Ehepaar Myrtha im „Wodan“ regelmäßig Neonazi-Konzerte und NPD-Liederabende wie im November 2004 mit dem „Landser“-Sänger Michael Regener und anderen Bands oder das „Pressefest“ der „Deutschen Stimme“ mit nahezu 7000 Teilnehmern im August letzten Jahres. Bereits seit Mitte der 90er Jahre sollen in Mücka Skinheadkonzerte stattgefunden haben. Erst Medienberichte und der Protest einiger engagierter Anwohner brachte die Wende. Der Zwangsverwalter, der von der Sparkasse des Kreises finanzierten Immobilie, fand einen juristischen Hebel, so dass der Vertrag mit Annett Myrtha sofort gekündigt wurde. In etwa drei Wochen sollen die Renovierungsarbeiten am Schützenhaus in Pößneck beendet sein, ab diesem Zeitpunkt möchten die Myrthas die Räumlichkeiten „allen Privatpersonen sowie Parteien und Vereinen“ zur Verfügung stellen. Jürgen Rieger habe die neuen Pächter daraufhin hingewiesen, dass auch Interesse vonseiten bürgerlicher Organisationen vor Ort bestehe. Verwunderlich, denn in Pößneck sind bereits bekannte Neonazis wie André Kapke, Ralf Wohlleben und Thorsten Heise aktiv geworden.

## Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030 ) 255 94 174
Fax: (030 ) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030 ) 255 94 100
Fax: (030 ) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030 ) 255 94 130
Fax: (030 ) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de